

St. Ingbert, 15. Dezember 2008

Gesundheitsamt des Saar-Pfalz-Kreises Homburg, Scheffelplatz 1, 66424 Homburg  
Gesundheitsamt des Landkreises Merzig Wadern, Hochwaldstr. 44, 66663 Merzig  
Gesundheitsamt des Landkreises Neunkirchen, Lindenallee 13, 66538 Neunkirchen  
Gesundheitsamt des Stadtverbandes Saarbrücken, Malstatter Str. 17, 66117 Saarbrücken  
Gesundheitsamt des Landkreises Saarlouis, Choisyring 5, 66740 Saarlouis  
Gesundheitsamt des Landkreises St. Wendel, Mommstr. 31, 66606 St. Wendel

Betr.: *Belastung der Wohngebiete durch Elektrosmog*

Sehr geehrter Damen und Herren der Gesundheitsämter des Saarlandes!

Eine immer größere Zahl schnurloser Techniken des Mobil- und Kommunikationsfunks überlagert unsere Lebenswelt mit einer noch nie da gewesenen Dichte elektromagnetischer Felder. Die Behauptung der Verantwortlichen, dass das innerhalb geltender Grenzwerte unbedenklich sei, widerspricht dem internationalen Stand der Forschung.

Nach konstruktiven Gesprächen mit Herrn Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Joachim Rippel haben wir soeben eine Anhörung im Landtag des Landes beantragt. Mit diesem Brief wenden wir uns nun auch an die Gesundheitsämter des Landes mit der Bitte, unsere Bemühungen um einen zeitgemäßen Verbraucher- und Umweltschutz zu unterstützen. Ein analoges Schreiben haben wir auch an die Ärztekammer des Saarlandes gerichtet.

### **Zum Stand der Information**

Es ist richtig, dass kürzlich im Namen des Deutschen Mobilfunkforschungsprogramms weitreichende Entwarnungen in die Öffentlichkeit gebracht wurden. Sie widerlegen sich im Grunde bereits selbst, wenn Langzeitwirkungen und besondere Risikogruppen wie z. B. Kinder ausgespart worden sind. Es lässt sich aber auch zeigen, dass die Forschungsaufträge in erheblichem Umfang an Wissenschaftler vergeben wurden, die für ihre besondere Industrienähe bekannt sind und auch sonst Entwarnungen und Grenzwertbestätigungen zu einem auffälligen Bestandteil ihres Wirkens gemacht haben, gegenteilige Forschungsergebnisse dabei ausblenden (vgl. unten Broschüre Nr. 3).

Die Unvereinbarkeit einer auf solchen Grundlagen errichteten Politik des Mobil- und Kommunikationsfunks mit dem Stand der biowissenschaftlichen und medizinischen Erkenntnis ist auf mehreren Wegen eindrucksvoll gezeigt worden:

- Im Jahr 2007 hat es der *BioInitiative Report* mit einem Forschungsbericht getan, der auf über 600 Seiten mehr als 2000 Studien auswertet (vgl. [www.bioinitiative.org](http://www.bioinitiative.org)).
- Seit Dezember 2007 hat die Schriftenreihe *Wirkungen des Mobil- und Kommunikationsfunks* der Kompetenzinitiative e. V. ignorierte oder verdrängte Ergebnisse der Forschung in drei Broschüren zugänglich gemacht:  
Heft 1: *Bienen, Vögel und Menschen. Die Zerstörung der Natur durch ‚Elektrosmog‘*;

Heft 2: *Die Gefährdung und Schädigung von Kindern durch Mobilfunkstrahlung. Ärztliche Beobachtung – wissenschaftliche Erkenntnis - gesellschaftliche Erfahrung;*

Heft 3: *Wie empfindlich reagieren die Gene auf Mobilfunkstrahlung? Stand der Forschung – Entwarnungen und Intrigen – Vorschlag zur Selbsthilfe.*

Wer die in diesen Schriften dokumentierten Forschungsergebnisse in den Wind schlägt, verfügt zynisch, leichtsinnig und grundgesetzwidrig über Leben und Umwelt der gesamten Bevölkerung. (Vgl. eingehender unter [www.broschuerenreihe.net](http://www.broschuerenreihe.net)).

- Im Oktober 2008 hat der BUND in seiner Standortbestimmung *Für zukunftsfähige Funktechnologien. Begründungen und Forderungen zur Begrenzung der Gefahren und Risiken durch hochfrequente elektromagnetische Felder* die beunruhigenden Diagnosen bestätigt und die Umstellung auf schonendere Funktechnologien gefordert.

### **Eine verlogene und menschenfeindliche Ideologie der Verdrängung**

Die einschlägige Technik- und Wirtschaftspolitik wird mit Argumenten gerechtfertigt, die einer genaueren Überprüfung nicht standhalten. Obwohl längst sogar nachprüfbar Wirkungsmechanismen der Schädigung bekannt sind, versichern die Verantwortlichen aller Gruppierungen noch immer, dass Ihnen ernst zu nehmende Risiken nicht bekannt sind. Der angebliche Schutz durch Grenzwerte berücksichtigt wichtigste Parameter der Wirkung nicht (s. u.). Und die Behauptung, dass es – sonst anerkannte - unterschiedliche Grade der Sensibilität in diesem einen Fall nicht gibt, ist ein wissenschaftlicher und menschenrechtlicher Skandal.

Das Saarland zeigt bislang die Ausprägung einer derart reduktionistischen Schutzpolitik mit geradezu exemplarischer Deutlichkeit. An landeseigener Forschung wird nur zur Kenntnis genommen, was der gewünschten Technik- und Wirtschaftspolitik nichts in den Weg stellt. Die Grenzwerte wurden zum A und O einer Sicherheitsphilosophie gemacht, die den Gesundheits- und Umweltschutz auf kostspielige Nachweise ihrer landesweiten Einhaltung und Unterbietung beschränkt. Und wenn Bürger im Umfeld von Antennen beunruhigende Beobachtungen an Menschen, Tieren und Pflanzen machen, die in ärztlichen Gutachten bestätigt werden, erscheinen nicht etwa die angeschriebenen Vertreter von Gesundheitsbehörden vor Ort, um sich ein Bild zu machen und mit den Betroffenen zu reden. Ein Messtechniker bescheinigt der Politik und den Opfern angesichts eingehaltener Grenzwerte vielmehr die Unmöglichkeit geltend gemachter Leiden und beobachteter Schädigungen. Deutliche Indizien sprechen dafür, dass der ehemalige Gesundheitsminister Josef Hecken die Gesundheitsämter ausdrücklich angewiesen hatte, sich *nicht* der Befunde vor Ort anzunehmen – wie ähnlich auch in Bayern geschehen und nachgewiesen.

### **Zusammenfassende Folgerungen**

Aus allem ergibt sich:

1. Grenzwerte, die sich nur an thermischen Wirkungen orientieren, nicht-thermische Wirkungen, die Dauer der Exposition, besondere Risikogruppen sowie die Wirkungen auf Tiere und Pflanzen u. a. m. nicht berücksichtigen, sind kein Instrument des Schutzes, sondern der Gefährdung und Schädigung – was führende Wissenschaftler in unserer nächsten Broschüre zeigen werden.
2. Regierungen, die die Grenzwerte zum weitgehend zureichenden Argument ihrer Technik- und Schutzpolitik machen, gefährden in unverantwortlicher und überdurchschnittlicher Weise Bevölkerung, Umwelt und Zukunft ihres Landes.

3. Sie verurteilen eine immer größere Zahl von Menschen zu einer Zwangsbestrahlung, die Profite aller industriellen, staatlichen und privaten Nutznießer mit der gesundheitlichen und materiellen Schädigung der Betroffenen erkauft.
4. Wir sind keine ‚Gegner des Mobilfunks‘, wie immer wieder gesagt wird, aber wir fordern - mit dem BUND – seine Umstellung auf zukunftsfähige Techniken, die nach dem Stand der Forschung durchaus im Bereich des Möglichen liegen.
5. Die Tatsache, dass der Staat die Aufklärung von Jugendlichen, Schulen, Eltern und Ärzten in hohem Maße dem Projekt *Mobilfunk und Gesundheit* des IZMF, der Interessenvertretung der Mobilfunkindustrie, überlässt, ist so logisch wie eine etwaige Aufklärung der Gesellschaft über die Risiken von Tabakkonsum oder Medikamenten durch die jeweiligen Konzerne. Was bei solchen Strukturen gesellschaftlicher Aufklärung herauskommt, ist an einer ganzen Reihe gut analysierter Gesundheits- und Umweltskandale abzulesen.

### **Unsere Bitten**

Wir legen diesem Schreiben zu Ihrer Information bei:

- die drei erwähnten Broschüren der Reihe *Wirkungen des Mobil- und Kommunikationsfunks* der Kompetenzinitiative e. V.
- die Broschüre *Für zukunftsfähige Funktechnologien* des BUND
- den Text *15 drängende Fragen*, den der Stuttgarter Verein zum Schutz der Bevölkerung vor Elektrosmog e. V. in vergleichbarer Situation an das zuständige Gesundheitsamt gestellt hat
- eine Kopie unseres Berichts *Mobilfunkpolitik im Urteil ihrer Opfer*
- das Programm der Kompetenzinitiative e.V. (mehr unter [www.kompetenzinitiative.net](http://www.kompetenzinitiative.net))

**Wir verbinden mit Anschreiben und Anlagen die folgenden Bitten:**

- 1. Wir bitten die Gesundheitsämter darum, ihren Einfluss geltend zu machen, dass der erläuterte Stand der Forschung in entsprechende Maßnahmen der Vorsorge, des Verbraucher- und Umweltschutzes eingeht.**
- 2. Angesichts bisheriger Erfahrungen wären wir für ein Schreiben dankbar, das erläutert, was als Aufgabe von Gesundheitsämtern in der gegebenen Situation gesehen wird und was diesen Spielraum möglicherweise begrenzte und begrenzt.**
- 3. Beides könnte auch Gegenstand von Gesprächen sein, die wir anregen und über die wir uns freuen würden.**

Mit freundlichen Grüßen!

Prof. Dr. Klaus Goebfels, Beirat der Kompetenzinitiative (Saarbrücken)  
Judith Hemm, Sprecherin des Bündnisses saarländischer Bürgerinitiativen MF (Homburg)  
Armin Scheid, Sprecher des Bündnisses saarländischer Bürgerinitiativen MF (Eppelborn)  
Dr. Ulrich Warnke, Beirat der Kompetenzinitiative (Saarbrücken)  
sowie – als Unterzeichner im Namen aller Genannten -

(Prof. Dr. K. Richter, Erster Vorsitzender der Kompetenzinitiative e. V. und  
Sprecher des Bündnisses saarländischer Bürgerinitiativen Mobilfunk)